



Stellungnahme der BGE bezüglich einer Sprachregelung zum Status der durch die zuständigen Landes- und Bundesbehörden übermittelten Daten und Informationen – Begriffe „Richtigkeit“ und „Vollständigkeit“ –

Die Ermittlung von Teilgebieten gemäß § 13 StandAG geschieht durch die Anwendung der in den §§ 22 bis 24 StandAG festgelegten geowissenschaftlichen Kriterien und Mindestanforderungen. Mit der Anwendung dieser werden Teilgebiete ermittelt, welche günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle erwarten lassen.

Die Beschaffung der erforderlichen Daten für die Anwendung der Kriterien und Anforderungen gemäß §§ 22 bis 24 StandAG erfolgt durch Datenabfragen bei den zuständigen Bundes- und Landesbehörden. Gemäß § 12 Absatz 3 Satz 2 StandAG sind die erforderlichen bei den Landesbehörden vorhandenen Daten, „dem Vorhabenträger unentgeltlich für die Zwecke des Standortauswahlverfahrens durch diese zur Verfügung zu stellen; dies gilt auch für Daten an denen die Rechte Dritter bestehen.“

Der Anspruch der BGE auf Vollständigkeit stellt auf die jeweiligen Datenabfragen ab. Insofern sind die Landes- und Bundesbehörden für die Vollständigkeit im Sinne unserer Datenabfrage verantwortlich. Falls dies nur in Teilen oder gar nicht erreichbar ist, muss darauf hingewiesen werden. Zum Beispiel wird eine Vollständigkeit bei Vorliegen analoger Datenbestände auch über dezidierte Hinweise auf diese analogen Datenbestände durch die Landes- und Bundesbehörden erfüllt. Es wird keine Übermittlung von neu zu prozessierenden Ergebnissen erwartet.

So heißt es in der konkretisierten Datenabfrage zu den Ausschlusskriterien von Anfang 2018:

„Wir bitten Sie darum, uns alle angefragten Daten, die Ihrer Behörde vorliegen, vollständig mitzuteilen. Sollten Sie über weitere Informationen zu Daten verfügen, die für unsere Anfrage relevant sind, bitten wir Sie um eine entsprechende Mitteilung.“

In der Datenabfrage zu den Mindestanforderungen vom März 2018 heißt es:



**BUNDESGESELLSCHAFT
FÜR ENDLAGERUNG**

„Wir bitten weiterhin um Information, welche dieser Geoinformationen bei Ihnen in analoger Form vorliegen.“

Die bei der BGE eingegangenen Daten werden von den zuständigen Fachkollegen gesichtet und geprüft (u.a. Prüfung auf Lesbarkeit, Lage, Identifizierung von Datenlücken). Die fachliche Prüfung der für die Ermittlung von Teilgebieten verwendeten Daten umfasst außerdem eine Plausibilitätsprüfung basierend auf geowissenschaftlichem Sachverstand. Ist diese nicht gegeben, werden ggf. Erläuterungen bei den Behörden eingeholt und es wird ggf. eine Neuinterpretation der Daten vorgenommen.

Da die Daten ursprünglich von Behördenseite nicht für den Zweck zur Umsetzung des Standortauswahlverfahrens erhoben worden sind, liegen diesen auch keine dem Verfahren entsprechenden Qualitätsanforderungen zugrunde. Insofern kann den Landes- und Bundesbehörden keine Verantwortung für eine dem jeweiligen Zweck erforderliche Qualität der Daten und Informationen übertragen werden. Daraus entstehende Folgen für das Verfahren sind ebenfalls nicht im Verantwortungsbereich der Landes- und Bundesbehörden zu suchen.

Der Anspruch an die Richtigkeit der übermittelten Daten und Informationen kann sich demnach nur darauf beziehen, dass es zu keiner absichtlichen Verfälschung der Daten seitens der Bundes- und Landesbehörden gekommen ist.